Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 42 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 15 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 20 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 186 | Sonntag, 11. August 1935 | 43. Jahrgang

Neuer englischer Abessinien-Plan

Wiederherstellung der Ordnung in den französischen Häfen – Wieder einmal ein neuer Entwurf zum Donaupakt

Pariser Dreimächtekonferenz

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 10. August

Auf der am Donnerstag kommender Woche in Paris beginnenden Dreimächtekonferenz wegen des abessinischen Streitfalles wird England durch seinen Völkerbundsminister Eden sowie durch den ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Robert Vansittard, vertreten sein. Am Montag werden noch einmal eingehende Besprechungen im Foreign Office stattfinden. Die beiden englischen Delegierten werden aber schon am Dienstag London verlassen, weil vor dem amtlichen Beginn der Konferenz noch private Vorbesprechungen zwischen Eden, Laval und Baron Aloisi stattfinden sollen.

Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post" teilt heute mit, daß

Eden einen „klar umrissenen" britischen Plan nach Paris mitbringen

werde, dessen Einzelheiten natürlich vorläufig noch geheimgehalten würden. Es bestehe aber Grund zu der Annahme, daß die englische Regierung zu einem positiven Beitrag bereit sei, der eine friedliche Lösung des Konfliktes erleichtern werde. Diese Erklärung der „Morning Post" stimmt mit Informationen aus hiesigen diplomatischen Kreisen überein, wonach England bereit sei, noch einmal sein Angebot der Abtretung eines Streifens von Britisch-Somaliland mit dem Hafen von Zeila zu wiederholen. Anscheinend glaubt man jetzt, daß ein derartiges Angebot den abessinischen Herrscher bei der gegenwärtigen Sachlage zu weitergehenden wirtschaftlichen Zugeständnissen an Italien veranlassen werde. Die „Morning Post" erwartet im übrigen sehr lebhafte Auseinandersetzungen zwischen den Engländern und Italienern. Denn die Engländer würden den römischen Delegierten mit allergrößter Deutlichkeit zu verstehen geben, daß

eine Besetzung Abessiniens durch Italien Englands Stellung in Aegypten bedrohe.

Die englischen Blätter geben heute morgen der unlängst erfolgten Konzessionserteilung an eine Schweizer Gesellschaft zum Bau einer Verbindungsstraße von Addis Abeba nach dem Sudan breiten Raum. Die Ansichten darüber sind nicht einheitlich. Während man auf der einen Seite den Bau der Straße als eine wesentliche Erleichterung des Warenaustausches zwischen Abessinien und dem Sudan wertet, fürchtet man in andern Kreisen, daß diese Konzessionserteilung die nächste Woche beginnenden Verhandlungen noch erschweren würde. Da Italien auf Grund der verschiedenen Verträge ein Monopol für derartige Straßenbaukonzessionen beanspruche, werde das jetzt der Schweiz gemachte Zugeständnis Abessiniens die italienische Haltung bei den kommenden Pariser Besprechungen höchstwahrscheinlich nur versteifen.

Abessinischer Konsul nach Japan abgereist

Journalistischer Hochbetrieb in Addis Abeba

× Addis Abeba, 10. August

Der mit der Leitung einer abessinischen Sondermission für Japan beauftragte Daba Birn ist am Freitag nach Tokio abgereist. Er wird als erster abessinischer Konsul sein Land in Japan vertreten. Die abessinische Regierung erklärt hierzu, daß die Ernennung aus diplomatischen Rücksichten erfolgt sei und nichts mit Waffenlieferungen zu tun habe.

Die Möglichkeit eines baldigen Beginns kriegerischer Ereignisse rückt die sonst so ruhige und weltentlegene Hauptstadt Abessiniens immer mehr in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Dies kommt vor allem auch durch die große Zahl von ausländischen Berichterstattern zum Ausdruck, die sich zur Zeit in Addis Abeba aufhalten und der kommenden Ereignisse harren. 35 ausländische Journalisten, die insgesamt 60 führende Weltblätter und Nachrichtenbüros vertreten, befinden sich in der Hauptstadt. Daß sie schon jetzt bemüht sind, ihre Auftraggeber nach Möglichkeit zufriedenzustellen, geht am deutlichsten aus der Tatsache hervor, daß die hiesige funkentelegraphische Station im letzten Monat 110 000 Worte in den Aether sandte, während sonst, zu ruhigen Zeiten, monatlich nur etwa 3000 Worte gesendet wurden.

(Siehe auch die Meldung auf Seite 2)

Deutschlands und Polens Aufgabe

Gauleiter Forster über den Danzig-polnischen Ausgleich

× Danzig, 10. August. (Durch Funkspruch)

In einem für die Presse bestimmten Aufsatz schreibt der Gauleiter von Danzig, Albert Forster, über den Danzig-polnischen Ausgleich u. a. folgendes:

„Polen und Deutschland haben in Europa eine große gemeinsame Aufgabe zu erfüllen.

Sie besteht darin, den im Osten Europas zur Macht gelangten Bolschewismus unter allen Umständen vom übrigen Kontinent fernzuhalten. Gerade der in diesen Tagen in Moskau stattfindende Kongreß aller führenden Kommunisten der Erde weist auf die Gefahr hin, die von dort der ganzen abendländischen Kultur droht. Solange Polen und Deutschland in der großen Politik sich gegenseitig verständigen, wird es der III. Internationale unmöglich sein, in Mitteleuropa festen Fuß zu fassen. Eine Verständigung zwischen zwei Staaten hat auf die Dauer aber nur einen Wert, wenn sie tatsächlich von beiden innerlich gewollt ist und ehrlich betrieben wird. Es kann dabei vorkommen, daß Ereignisse eintreten, die für die ganze Verständigungspolitik eine harte Probe bedeuten.

Die Danzig-polnische Verständigung hat ihre erste Feuerprobe in diesen Tagen bestanden.

Wenn beispielsweise die Streitfragen zwischen Danzig und Polen, die in diesen Tagen zur Debatte standen, vom Völkerbund geklärt hätten werden müssen, dann wären diese Streitfragen trotz so und so vieler Sitzungen und Besprechungen niemals aus der Welt geschafft worden. Zumindest wäre eine Entscheidung des Völkerbundes bestimmt nicht zur Zufriedenheit beider am Streitfall beteiligter Staaten ausgefallen. In Zukunft derartige Vorkommnisse zu vermeiden, wird nur möglich sein, wenn unsere Staatsorgane genau so vom Wollen zur Verständigung beseelt sind wie die Staatsführung selbst.

Was Danzig will, ist nichts andres, als im Rahmen der bestehenden Verträge zu leben und deutsch zu bleiben.

Dieser Streitfall und seine Bereinigung hat politisch gesehen immerhin etwas Gutes an sich. Alle Feinde Deutschlands und der deutsch-polnischen Verständigung, die sich schon darauf freuten, daß die Verständigungspolitik zwischen Deutschland, Danzig und Polen ihre Feuerprobe nicht bestehen würde, wurden auf das Bitterste enttäuscht. So wie diese internationale Judenpresse in allen andern Fragen, die die nationalsozialistische Politik angehen, mit ihren Vermutungen hereingefallen ist, so auch dieses Mal wieder. Außerdem mag die Welt an diesem Beispiel erkennen, daß unser Führer Adolf Hitler recht hat, wenn er in seiner letzten Reichstagsrede

den Gedanken der Verständigung zwischen zwei Staaten für nützlicher hält als kollektive Sicherheiten, so wie sie in Genf gepredigt werden.

Wäre bei allen großen Völkern der ehrliche Wille zur gegenseitigen Verständigung so vorhanden, wie zwischen Deutschland, Danzig und Polen, dann würden viele Konflikte, die für die Völker furchtbarste Folgen haben können, viel schneller beseitigt werden. Es stehen heutzutage in Europa und in der Welt so große Dinge auf dem Spiel, daß es vor der Geschichte keinesfalls verantwortet werden könnte, wenn wegen wirtschaftlicher Streitigkeiten Unfriede unter die Völker kommen würde. Was an uns liegt, werden wir tun, um, wie schon so oft betont, diesen Frieden mit zu erhalten.

Von Sonntag zu Sonntag

Was im Ausland geschah – Ein Querschnitt durch die Weltpolitik der Woche

Moskau – Rom – Paris

Die Schüsse, die in Toulon und Brest fielen – die nächtlichen Straßenkämpfe in den engen und verwinkelten Hafenvierteln –, die Lahmlegung der wichtigsten französischen Marinewerkstätten – die Störung der französischen Handelsschiffahrt – all das war die befohlene Begleitmusik zum großen Komintern-Kongreß in Moskau. Es war stets üblich, während dieses Kongresses derartige Demonstrationen zu veranstalten. Nur hatten sie diesmal einen ganz besonders großen Umfang und erreichten ihren Höhepunkt ausgerechnet in Frankreich, mit dem sich Moskau soeben erst in Freundschaft gefunden hatte und das nun trotzdem zum Schauplatz dieser kleinen „Probemobilmachung" für die neuen Moskauer Bürgerkriegsanweisungen ausgewählt wurde.

Moskau hat sich ohne Rücksicht auf alle militärischen und diplomatischen Bindungen den Punkt in Europa ausgesucht, an dem es am leichtesten den Hebel ansetzen zu können glaubt. Frankreich befindet sich mitten in einer großen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Krise, die auch durch den letzten Regierungswechsel keineswegs gelöst wurde. Die Notverordnungen, zu denen sich Laval, um den Staatshaushalt auszugleichen, gezwungen sah, eröffneten der kommunistischen Agitation ein besonders weites Feld. Erleichtert wurde diese Agitation durch die Diskreditierung des Parlamentarismus infolge der zahlreichen Skandale, bei denen teilweise hervorragende Mitglieder verschiedenster Parteien eine besondere Rolle spielten. Dazu kam die große Spannung innerhalb der bisher stets ausschlaggebenden Radikalsozialen Partei. In ihr zeigen sich immer größere Risse. Während ein Teil mit Herriot zur nationalen Regierung Laval hält, trifft der andre unter der Führung der Daladier und Pierre Cot alle Vorbereitungen für die Aufrichtung einer „antifaschistischen Volksfront", die von den Kommunisten über die Sozialdemokraten hin bis zum linken Flügel des Bürgertums reichen und auch gewisse katholische Arbeiterverbände mit umfassen soll. Schließlich muß man in Rechnung stellen, daß der Franzose, so konservativ er auch in manchen Stücken ist, doch stets geneigt ist, sich gegen die Regierung zu erklären und in der Opposition zu stehen. Alles in allem eine Situation, wie sie für Moskau nicht günstiger gefunden werden konnte. Hilfreich war schließlich auch noch der Umstand, daß der eine Teil der Notverordnungen, der Abzüge und Einschränkungen brachte, bereits seit einigen Wochen in Kraft ist, während der andre Teil der Notverordnungen, der eine Senkung der Lebenshaltungskosten bringen soll, erst gestern erlassen wurde.

Bollwerk des Abendlandes

Moskau hat unterdessen die Aktion, wie vorauszusehen war, vorläufig wieder abgeblasen. Vielleicht zum Teil deshalb, weil man in einigen radikalsozialen Kreisen denn doch etwas verstört war über die revolutionären Urlaute, die in Brest und Toulon hörbar wurden, und weil man in Moskau selbstverständlich die braven Spießer in der Radikalsozialen Partei, auf deren Mitläuferschaft man rechnet, nicht von vornherein vergraulen will. Andererseits haben aber die Demonstrationen die beabsichtigte Wirkung gehabt. Sie sind der Auftakt zum Kampfe gegen die Notverordnungen Lavals. Und wenn es der Regierung nicht gelingt, bis zum Herbst eine fühlbare Senkung der Lebenshaltungskosten herbeizuführen, wird der Sturm gegen das Kabinett Laval von neuem einsetzen. Wie intensiv unterdessen in Frankreich gearbeitet wird, zeigt der Verlauf des französischen Lehrerkongresses. Dort gebärdete man sich immer schon sehr radikal. Diesmal aber überschlug man sich förmlich vor Radikalismus und machte dem ganzen Lande klar, daß die französische Lehrergewerkschaft nicht nur auf seiten der Volksfront stehe, sondern auf deren linkestem Flügel.

Was will Moskau? Die Komintern weiß ganz genau, daß Deutschland das Bollwerk ist, das die Welt vor den bolschewistischen Angriffen schützt. Daß Deutschland für Europa die gleiche Aufgabe erfüllt wie vor zweieinhalb Jahrtausenden das kleine Griechenland gegen den Perstersturm oder später das Byzantinische Reich gegen den von Osten anbrausenden Islam. Das deutsche Bollwerk ist im Frontalangriff nicht zu nehmen, deshalb machte man im vergangenen Jahr zunächst einmal den Versuch, Deutschland politisch zu isolieren. Man ging nach Genf, man schloß die Militärbündnisse mit Frankreich und der Tschechoslowakei und ist auf dem Wege, einen ebensolchen Vertrag mit Rumänien auszuhandeln. Natürlich hat dieses diplomatische Spiel um so größere Aussichten, wenn in Paris und Prag Regierungen am Ruder sind, die sich auf die von Moskau gewünschte Parteiverbindung der „antifaschistischen" Front stützen und wenn — höchste aller Hoffnungen — die kommenden Wahlen in England eine Labourregierung bringen, die unter kommunistischem Druck arbeiten muß. Deshalb gehen diese innenpolitischen Wühlereien der Komintern in den einzelnen Ländern der großen diplomatischen Bündnisaktion der Sowjetunion parallel und sind mit ihr durchaus vereinbar. Ja, beide Taktiken ergänzen einander und setzen einander voraus.

Wenn Bolschewisten zur Messe gehen ...

Moskau ist bei der Wahl seiner Bundesgenossen nicht wählerisch. Das wurde schon oft gesagt. Es setzt den Zuluhäuptling auf und frühstückt mit den Vertretern des Hochkapitals in Genf. Es läßt begeistert die englische Königshymne spielen, wenn es mit Großbritannien ins Geschäft kommen will. Es wird eines Tages, wenn es dies für nützlich hält, auch in St. Peter zur Messe gehen. Die Bundesgenossenschaft Roms war ja schon einmal in der Geschichte einem großen Herrscher „eine Messe wert": Heinrich IV. von Frankreich. Und Rom wieder war in seiner Geschichte ebenfalls nie wählerisch und ließ sich in seinem großen politischen Machtspiel selten durch allzu ängstliche Religionsskrupel beeinflussen. Es unterstützte sogar in den wildesten Zeiten der Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts unter der Hand gewisse protestantische deutsche Fürsten, die es öffentlich sonst als Ketzer verfolgte, nur um nicht die Macht des katholischen Kaisers in Wien zu groß und für den Papst gefährlich werden zu lassen.

Auf dem rechten Tiber-Ufer zu Rom laufen die Interessenfäden verwirrend dicht durcheinander, und von Religion ist auf den Höhen der Hierarchie bei vielen ihrer Diener meist nicht viel die Rede. Desto mehr aber von Politik und Macht. Damit aber überschreitet der Priester die Grenze seiner Ordnung. Er nimmt nicht mehr nur das für sich in Anspruch, was Gottes ist, sondern er will auch Cäsars Teil haben. „Das ist der uralte Machtstreit, der so alt ist, wie das Menschengeschlecht, der Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum" — wie Bismarck einst diesen weltgeschichtlichen Gegensatz charakterisierte. Ein Machtstreit, der mehr als tausend Jahren deutscher Kaisergeschichte ihren Glanz, aber auch ihre Schatten lieh, und in dem der Preis immer wieder das deutsche Volk war. Heute ist das deutsche Volk in sein Eigentum gekommen. Das ist erreicht, was die Welt Jahrhunderte hindurch verhindern wollte: Deutschland ist endlich einig! In der Mitte Europas ist eine starke Macht entstanden, während man dort immer am liebsten nur einen geographischen Begriff gesehen hätte. Deutschland ist nicht mehr eine der Nationen eines nur zu einem Viertel deutschen Kaisergeschlechts, wie einst in der Habsburger Zeit. Deutschland ist auch kein bloßer Bund von Fürsten mehr wie im zweiten Reich. Deutschland ist der ewige Blutbund des geeinten deutschen Volkes. Das sind Realitäten. Man spricht soviel von Realpolitik heute. Man erkenne doch endlich einmal tatsächlich auch die Wirklichkeit, die allein die Zukunft für sich hat und jage nicht Gespenstern einer für immer vergangenen Vergangenheit nach.

Der kleine „Marquis de Brandebourg"

Rom gehört zu den Mächten, die diese Neuordnung der Mitte Europas nicht anerkennen wollen. Deshalb wird die Religion ins Feld geführt, die angeblich bedroht ist. Wir wollen nicht wiederholen, was bis zum Ueberdruß an dieser Stelle schon wiederholt worden ist. Es gibt in Deutschland keine Kirchenverfolgung, sondern nur eine Zurückweisung der politischen Ansprüche der Kirche in ihre Schranken, jene Schranken, die Bismarck schon 1869 mit den Worten umriß:

„Für Preußen gibt es verfassungsmäßig wie politisch nur einen Standpunkt, den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen und der entschiedenen Abwehr jedes Uebergriffs auf das staatliche Gebiet."

Nicht mehr und nicht weniger verlangt und bietet das neue Deutschland. Aber wie man Bismarck schließlich in den Kulturkampf hineinzwang, so wollen gewisse Kräfte jetzt auch das neue Deutschland in einen

SLUB
Wir führen Wissen.